

# **BR/GT I/145 d/72**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 14. Februar 1972  
BR/GT I/145/72

---

- Sekretariat -

A r b e i t s u n t e r l a g e

für die 11. Sitzung der Arbeitsgruppe I  
vom 28. Februar bis 3. März 1972

Betrifft: Anregungen zu einigen der Arbeitsgruppe I. zur Be-  
handlung auf ihrer 11. Sitzung von der Konferenz  
überwiesenen Fragen

Verfasser: Vorsitzender der Arbeitsgruppe I

Vorbemerkung:

Die Regierungskonferenz hat auf ihrer 5. Tagung vom 24. Januar bis 4. Februar 1972 die Arbeitsgruppe I beauftragt, eine Reihe von Vorschriften des Zweiten Vorentwurfs eines Übereinkommens über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens und der Ausführungsordnung dazu zu überarbeiten.

Mit dieser Arbeitsunterlage legt der Vorsitzende Anregungen zu einigen dieser Fragen vor, um die Arbeit der Arbeitsgruppe I auf ihrer 11. Sitzung vom 28. Februar bis 3. März zu erleichtern. Mit den Anregungen soll den Vorschlägen der berichterstattenden Delegationen in keiner Weise vorgegriffen werden.

## 1. Artikel 9

Zu diesem Artikel ist der Vorsitzende der Auffassung, daß der Absatz 2 eine Ausnahmeregelung enthält und deshalb wie jede Ausnahme eng auszulegen ist. Auf der anderen Seite darf der Katalog des Artikels 9 Absatz 2 nicht als abschließende Aufzählung ausgelegt werden können. Der Gegenschluß, daß alles, was in Absatz 2 und Artikel 10 nicht genannt wird, eine patentfähige Erfindung darstellt, muß ausgeschlossen bleiben. Aus diesem Grund empfiehlt der Vorsitzende die Beibehaltung des Worts "insbesondere" im Einleitungssatz dieses Absatzes.

Um den Stellungnahmen der internationalen Organisationen und dem Wunsch der jugoslawischen Delegation teilweise Rechnung zu tragen, regt der Vorsitzende eine Zusammenfassung der Buchstaben a, d, f und g, eine Einschränkung bei den Computer-Programmen, eine allgemeine Fassung des Buchstaben b, durch die auch die wissenschaftlichen Entdeckungen umfaßt werden, eine Klarstellung des Buchstaben e sowie eine Umstellung der einzelnen Buchstaben an. Nach seiner Auffassung sollte Artikel 9 Absatz 2 wie folgt lauten:

"(2) Als Erfindungen im Sinne des Absatzes 1 werden insbesondere nicht angesehen

- a) bloße Entdeckungen;
- b) rein ästhetische Formschöpfungen;
- c) wissenschaftliche Theorien, mathematische Methoden, Pläne, Regeln und Verfahren für eine geschäftliche Tätigkeit, für rein gedankliche Tätigkeiten oder für Spiele, Computer-Programme als solche und die bloße Wiedergabe von Informationen;
- d) Heilverfahren durch chirurgische oder therapeutische Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers sowie Diagnostizierverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper vorgenommen werden.

## 2. Artikel 11, Artikel 13, Artikel 21

Der Vorsitzende hält eine Änderung der Artikel 11 und 13, durch die erreicht werden soll, daß dem Anmelder nicht eine eigene frühere Patentanmeldung als neuheitsschädlich entgegengehalten werden kann (Problem der Selbstkollision), aufgrund der Erfahrungen in Schweden nicht für erforderlich, wegen der möglichen Mißbräuche und juristischen Schwierigkeiten auch nicht für wünschenswert.

Der Vorsitzende regt aber an, als Ausgleich für den Anmelder Zusatzpatente in dem Umfang wieder zuzulassen, wie dies Artikel 21 des Zweiten Vorentwurfs (gedruckter Text) vorsah. Der Vorsitzende ist sich bewußt, daß die Wiedereinführung der Möglichkeit, Zusatzpatente bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Hauptanmeldung zu beantragen, keine rechtlichen, sondern nur finanzielle Vorteile für den Anmelder mit sich bringt.

### 3. Artikel 15 Absatz 1 Satz 3

- a) Der Vorsitzende regt an, diesen Satz ersatzlos zu streichen, in Erwartung, daß die Rechtsprechung das Problem der Doppelerfindung lösen wird.
- b) Für den Fall, daß die in Artikel 15 Absatz 1 Satz 3 vorgesehene Regelung aufrechterhalten werden soll, wird folgende Fassung vorgeschlagen:

"Haben mehrere eine Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, der seine Patentanmeldung an einem früheren Tag beim Europäischen Patentamt eingereicht hat, es sei denn, daß die Veröffentlichung der Patentanmeldung nach Artikel 85 Absatz 4 unterbleibt."

4. Ausführungsordnung; Nummer 1 zu Artikel 16

Der Vorsitzende regt die Einfügung eines neuen Absatzes 3a folgenden Inhalts an:

"(3a) Mit der Entscheidung über die Aussetzung des Erteilungsverfahrens nach Absatz 1 kann das Europäische Patentamt einen Zeitpunkt festsetzen, zu dem es beabsichtigt, das Erteilungsverfahren ohne Rücksicht auf den Stand des Verfahrens zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent fortzusetzen. Der Zeitpunkt ist dem Antragsteller und dem Anmelder mitzuteilen. Wird bis zu diesem Zeitpunkt eine rechtskräftige Entscheidung nicht vorgelegt, so kann das Europäische Patentamt das Erteilungsverfahren mit dem Anmelder fortsetzen."

In der Ausführungsordnung zu Artikel 16 Nummer 3 wäre im Absatz 4 auch der vorstehende neue Absatz 3a einzufügen.

5. Artikel 18 in Verbindung mit Artikel 97

Der Vorsitzende regt an, das von der CIFE aufgeworfene Problem dadurch zu lösen, daß Artikel 19 Absatz 1 wie folgt ergänzt wird:

"(1) Die europäische Patentanmeldung gewährt dem Anmelder vom Tag ihrer Veröffentlichung nach Artikel 85 an bis zum Tag der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents einstweilen den Schutz nach Artikel 18.

## 6. Artikel 20

Es besteht Einverständnis zwischen der Konferenz und den interessierten Kreisen, daß die Auslegung des europäischen Patents in einer Weise erfolgen soll, die etwa auf der Mitte zwischen der derzeitigen weiten Auslegung des deutschen Patents durch die deutschen Gerichte und der derzeit sehr auf den Wortlaut der Ansprüche beschränkten Auslegung des britischen Patents durch die britischen Gerichte liegen sollte.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, daß durch Artikel 20 Absatz 1 Satz 1 die weite deutsche Auslegung (allgemeiner Erfindungsgedanke) ausgeschlossen wird. Um die engere britische Auslegung zu mildern, regt der Vorsitzende an, in Anlehnung an den Vorschlag mehrerer internationaler Organisationen in Dokument BR/165/72 den Artikel 20 Absatz 1 Satz 2 zu ergänzen. Artikel 20 Absatz 1 sollte demnach wie folgt lauten:

"(1) Der sachliche Schutzbereich des europäischen Patents wird durch den Inhalt der Patentansprüche bestimmt. Die Beschreibung und die Zeichnungen sind jedoch zur Auslegung der Patentansprüche heranzuziehen, damit der sachliche Schutzbereich nicht auf den Wortlaut der Patentansprüche beschränkt wird."

Der Vorsitzende regt ferner an, eine dem Artikel 20 Absatz 1 entsprechende Bestimmung auch in das 2. Übereinkommen aufzunehmen, damit auf diese Weise auf dem Wege über Artikel 77 des 2. Übereinkommens eine Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften über die Auslegung dieser Bestimmung jedenfalls für den Bereich des Gemeinsamen Markts erreicht werden kann. Es dürfte zu erwarten sein, daß eine solche Entscheidung auch Einfluß auf die Auslegung dieser Bestimmung in den nicht den Europäischen Gemeinschaften angehörenden Vertragsstaaten des 1. Übereinkommens haben wird.

7. Artikel 34 Absatz 3

Der Vorsitzende regt an, den zweiten Halbsatz des ersten Satzes des Artikels 34 Absatz 3 zu streichen, da die vorgesehene Regelung für das interne Verfahren vor dem Europäischen Patentamt entbehrlich ist. Die Frage des Verhältnisses einer europäischen Anmeldung in einer nicht als Arbeitssprache des Europäischen Patentamts vorgesehenen Sprache zu der Übersetzung dieser Anmeldung in eine der Arbeitssprachen ist in der Ausführungsordnung Nummer 1 zu Artikel 34 geregelt.

Der Vorsitzende hält es aber für zweckmäßig, wenn die Frage, welche Fassung verbindlich ist, für die Verletzungsverfahren aufgrund des einstweiligen Schutzes nach Artikel 19 eindeutig klargestellt wird. Er regt deshalb an, Artikel 19 durch einen neuen Absatz 4a folgenden Inhalts zu ergänzen:

"(4a) Für die Geltendmachung des Anspruchs aus der europäischen Patentanmeldung ist im Zweifel der Wortlaut der Anmeldung in der Verfahrenssprache maßgebend."

8. Artikel 56 Absatz 2 2. Unterabsatz Buchstabe c

Nach Auffassung des Vorsitzenden ist Buchstabe c aufrechtzu-  
erhalten. In Buchstabe c wird nur der Fall des Artikels 97  
Absatz 2 geregelt, in dem die Prüfungsabteilung das europäische  
Patent erteilt, obwohl der Anmelder innerhalb der Frist in  
Artikel 97 Absatz 1 mitgeteilt hat, daß er mit der Er-  
teilung des europäischen Patents in der vorgesehenen  
Fassung nicht einverstanden ist. In diesem Falle muß dem  
Anmelder die Beschwerde gegen die Erteilung des europäischen  
Patents zustehen und die Beschwerdekammer sollte in der  
Besetzung mit zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und  
einem rechtskundigen Mitglied entscheiden.

Für Beschwerden gegen Entscheidungen, die im Einspruchsver-  
fahren getroffen werden, ist Buchstabe c nicht anwendbar,  
wie sich aus der Fassung des 2. Unterabsatzes ergibt.

9. Artikel 59 Absatz 1 Satz 2

Der Vorsitzende regt die unveränderte Aufrechterhaltung dieser Bestimmung an. Sie ist sowohl mit Artikel 23 Absatz 4 als auch mit Artikel 149 Absatz 6 vereinbar.

Nach Artikel 23 Absatz 4 wird der Rechtsübergang im Verhältnis zum Europäischen Patentamt bereits nach Eingang der Unterlagen wirksam, aus denen sich der Rechtsübergang ergibt. Insoweit bedarf es daher nicht der Eintragung des Rechtsübergangs in das Patentregister. Es kann davon ausgegangen werden, daß in diesem Verfahrensstadium vor der Veröffentlichung der Patentanmeldung keine Notwendigkeit besteht, den Nachweis des Rechtsübergangs gegenüber Dritten durch eine Registereintragung zu erleichtern.

Artikel 149 Absatz 6 behandelt einen Fall, der mit der Eintragung der Anmeldung in das europäische Patentregister in keinem Zusammenhang steht. Die Mitteilung oder Veröffentlichung der in Artikel 149 Absatz 6 vorgesehenen Angaben hat mit der Registereintragung nichts zu tun, sondern ist eine Mitteilung aus den Akten der Anmeldung.

10. Ausführungsordnung; Nummern 1 bis 8 zu Artikel 66

Von den interessierten Kreisen ist vorgeschlagen worden, die in der Ausführungsordnung Nummern 1 bis 8 zu Artikel 66 vorgesehenen Regelungen aus der Ausführungsordnung herauszunehmen und den Präsidenten des Europäischen Patentamts zu ermächtigen, entsprechende Regelungen als europäische Anmeldebestimmungen zu erlassen.

Der Vorsitzende rät davon ab, diese Bestimmungen aus der Ausführungsordnung herauszunehmen, da dadurch die für die Praxis sehr wichtigen Fragen der Form und des Inhalts europäischer Anmeldungen bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens offen bleiben würden und dadurch Unsicherheit bei den interessierten Kreisen hervorgerufen werden könnte.

Der Vorsitzende regt stattdessen an, in das Übereinkommen eine Bestimmung aufzunehmen, wonach der Verwaltungsrat den Präsidenten des Europäischen Patentamts ermächtigen kann, die in der Ausführungsordnung Nummern 1 bis 8 zu Artikel 66 vorgesehenen Regelungen als europäische Anmeldebestimmungen zu erlassen und zu ändern.

11. Ausführungsordnung; Nummer 3 zu Artikel 66

Der Vorsitzende empfiehlt entgegen dem Vorschlag der CNIPA die Beibehaltung des Absatzes 1.

Andererseits regt der Vorsitzende an, dem von der überwiegenden Mehrheit der internationalen Organisationen geäußerten Wunsch, Absatz 3 Buchstabe b zu streichen, zu entsprechen.

12. Artikel 67 Absatz 2 Satz 2

Der Vorsitzende regt in erster Linie an, es bei der Regelung des Artikels 67 Absatz 2 Satz 2 zu belassen, um die Übereinstimmung mit PCT zu gewährleisten. Er räumt indessen ein, daß es unlogisch ist, dem Anmelder für die Zahlung der Anmeldegebühr und der Recherchegebühr eine Frist zu setzen, die möglicherweise erst 13 Monate nach dem Prioritätstag abläuft, während derselbe Anmelder die Benennungsgebühr in jedem Fall bis zum Ablauf von 12 Monaten nach dem Prioritätstag zu entrichten hat. Sollte die Arbeitsgruppe mit Rücksicht hierauf eine Änderung für zweckmäßig halten, so könnte der Artikel 67 Absatz 2 Satz 2 etwa wie folgt lauten:

"Erfolgt die Zahlung nicht bis zum Ablauf einer Frist von zwölf Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag oder, wenn mehrere Prioritäten in Anspruch genommen worden sind, nach dem Tag der frühesten Priorität oder nicht bis zum Ablauf der in Artikel 66 Absatz 3 genannten Frist, sofern diese Frist später abläuft als die vorgenannten Fristen, so gilt die Benennung als zurückgenommen."

Der Vorsitzende weist aber darauf hin, daß durch eine solche Regelung ein PCT-Anmelder irregeführt werden könnte (vgl. Regel 15.4 Buchstabe b 2. Halbsatz PCT).

### 13. Artikel 71

Der Vorsitzende befürwortet den Vorschlag der CNIPA, die Hinterlegung von mikrobiologischen Kulturen vorzuschreiben, wenn die Erfindung eines mikrobiologischen Verfahrens zum europäischen Patent angemeldet wird. Die Hinterlegung sollte bei einer amtlichen Stelle in einem Vertragsstaat vorgenommen werden. Wegen der Problematik wird auf den Banks-Report verwiesen.

Falls die Arbeitsgruppe eine solche Bestimmung annimmt, sollte diese ihren Platz in der Ausführungsordnung erhalten.

14. Ausführungsordnung; Nummer 1 zu Artikel 71 Absatz 5

Von einer internationalen Organisation ist darauf hingewiesen worden, daß die in dieser Vorschrift vorgesehene Sanktion zu weit geht. Der Vorsitzende teilt diese Auffassung und regt an, dem Absatz 5 folgende Fassung zu geben:

"(5) Ein weiterer Patentanspruch gilt als nicht eingereicht, wenn die Gebühr für diesen Anspruch nicht rechtzeitig entrichtet worden ist."

15. Ausführungsordnung; Nummer 4a zu Artikel 145

Der Vorsitzende empfiehlt die Streichung des zweiten Satzes, weil diese Bestimmung zu eng ausgelegt werden könnte, insbesondere in dem Fall, in dem dem Anmelder in der Prioritätserklärung bei der Angabe des Tags und des Staats der ersten Anmeldung ein Irrtum unterlaufen ist.

## 16. Artikel 75 Absatz 2a

Der Vorsitzende regt an, für die Vorlage einer Übersetzung der Prioritätsanmeldung in die Verfahrenssprache eine Frist von 20 Monaten (bisher 16 Monate) vorzusehen. Er ist ferner der Ansicht, daß der Anmelder zunächst nur verpflichtet sein sollte, eine von ihm gefertigte Übersetzung einzureichen. Das Europäische Patentamt sollte jedoch die Befugnis haben, eine Beglaubigung dieser Übersetzung nachträglich zu verlangen.

Der Vorsitzende regt daher an, Absatz 2a wie folgt zu fassen:

"(2a) Ist die Sprache der ersten Anmeldung nicht eine der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen, so hat derjenige, der eine Prioritätserklärung abgibt, innerhalb einer Frist von zwanzig Monaten seit dem Prioritätstag eine Übersetzung der ersten Anmeldung in die Verfahrenssprache vorzulegen. Das Europäische Patentamt kann verlangen, daß eine Beglaubigung der Übereinstimmung der Übersetzung mit dem Urtext innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist nachträglich vorgelegt wird. Wird die Übersetzung oder die nachträgliche Beglaubigung der Übersetzung nicht rechtzeitig vorgelegt, so erlischt der Prioritätsanspruch für die Anmeldung."

Der Vorsitzende ist der Auffassung, daß die Kosten der Übersetzung nicht vom Europäischen Patentamt getragen werden können.

17. Artikel 78 Absatz 7 Buchstabe a

Der Vorsitzende regt an, dem Wunsche einiger internationaler Organisationen zu folgen, wonach auch demjenigen, der Zeichnungen nach dem Anmeldetag und vor der Formalprüfung einreicht, die Möglichkeit gegeben wird, auf diese Zeichnungen zu verzichten, um sich den ursprünglichen Anmeldetag zu erhalten. Der Vorsitzende regt daher folgende Fassung an:

"(7) a) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe h vorgesehene Prüfung, daß die Zeichnungen nach dem Anmeldetag eingereicht worden sind, so weist die Eingangsstelle den Anmelder darauf hin, daß der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgelegt wird, sofern der Anmelder nicht innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist beantragt, daß die Zeichnungen als nicht eingereicht und die Bezugnahmen auf die Zeichnungen in der Patentanmeldung als gestrichen gelten. Wird ein solcher Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so wird der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgelegt.

18. Artikel 79 Absatz 4a Satz 2

Der Vorsitzende regt an, das zu Artikel 79 Absatz 4a Satz 2 aufgeworfene Problem dadurch zu lösen, daß Artikel 66 durch Aufnahme eines neuen Absatzes 2 folgenden Inhalts ergänzt wird:

"(2) Für die Anwendung des Artikels 11 Absatz 3 ist die Zusammenfassung kein Bestandteil der europäischen Patentanmeldung. Die Zusammenfassung dient ausschließlich der technischen Information; sie kann nicht für andere Zwecke, insbesondere nicht für die Bestimmung des begehrten Schutzes herangezogen werden."

Der zweite Satz des vorgeschlagenen Absatzes 2 entspricht Artikel 79 Absatz 4a Satz 2. Dieser Satz müßte bei Annahme der vorstehenden Anregung gestrichen werden.

Die Artikel 78 Absatz 2 und 95 werden durch die vom Vorsitzenden angeregte Änderung nicht berührt.

19. Artikel 79 Absatz 5

Zur Angleichung an die Regelung in Regel 40.3 der Ausführungsordnung zum PCT wird folgende Fassung für den zweiten Halbsatz dieses Absatzes angeregt:

"es teilt dem Anmelder mit, daß für die übrigen in der Anmeldung enthaltenen Erfindungen Berichte über den Stand der Technik nur erstellt werden, wenn hierfür innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgesehenen Frist die Gebühren für diese Berichte entrichtet werden."

Zu Artikel 79 sollte in der Ausführungsordnung folgende neue Bestimmung eingefügt werden:

"Nummer 5

Frist für die Zahlung der Gebühr nach Artikel 79 Absatz 5

Die in Artikel 79 Absatz 5 vorgesehene Frist wird durch das Internationale Patentinstitut festgesetzt; sie darf nicht kürzer als 2 Wochen sein und sechs Wochen nicht übersteigen."

## 20. Artikel 88 Absatz 2

Dem Vorschlag, eine Unterrichtung des Anmelders über den Ablauf der Frist für die Stellung des Prüfungsantrags vorzusehen, kann nach Auffassung des Vorsitzenden durch eine Ergänzung des Artikels 85 um einen neuen Absatz 6 folgenden Inhalts entsprochen werden:

"(6) Das Europäische Patentamt hat den Anmelder von der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung oder, wenn der Bericht über den Stand der Technik später veröffentlicht wird, von dieser Veröffentlichung zu unterrichten und ihn gleichzeitig auf den Ablauf der Frist für die Stellung des Prüfungsantrags nach Artikel 88 Absatz 2 hinzuweisen."

21. Artikel 97, Artikel 105 Absatz 3, Artikel 107a Absatz 1

Es ist von den internationalen Organisationen zu Recht hervorgehoben worden, daß Artikel 107a Absatz 1 dann nicht an die 3-Monatsfrist des Artikels 97 Absatz 1 anknüpfen kann, wenn der Anmelder mit der Erteilung des Patents in der vorgesehenen Fassung nicht einverstanden ist. In diesem Fall wird das Prüfungsverfahren fortgesetzt. Vor Erteilung des Patents ist die Mitteilung nach Absatz 1 und die Aufforderung zur Zahlung der Erteilungsgebühr und der Gebühr für die Druckkosten zu wiederholen. Auch ist zu Recht bemerkt worden, daß der Artikel 105 Absatz 3 unvollständig ist, da er den Fall nicht berücksichtigt, daß der Anmelder mit der Fassung, in der die Prüfungsabteilung das Patent zu erteilen beabsichtigt, nicht einverstanden ist.

Der Vorsitzende regt zur Behebung dieser Schwierigkeiten folgende Änderungen an:

- a) Artikel 97 Absatz 2 endet mit dem Wort "zurückgenommen" und lautet daher wie folgt:

"(2) Werden die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen."

- b) Es wird folgender neuer Absatz 2a in Artikel 97 eingefügt:

"(2a) Teilt der Anmelder innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist dem Europäischen Patentamt mit, daß er mit der Erteilung des europäischen Patents in der vorgesehenen Fassung nicht einverstanden ist, so wird die Prüfung fortgesetzt; die Frist nach Absatz 1 gilt in diesem Falle als nicht gesetzt."

- c) In Artikel 105 Absatz 3 wird zwischen dem ersten und dem zweiten Satz folgender neue Satz eingeschoben:

"Artikel 97 Absatz 2a ist entsprechend anzuwenden."

- d) Artikel 107a Absatz 1 ist wie folgt zu fassen:

"(1) Falls die Fassung, in der die Prüfungsabteilung ein europäisches Patent für einen Vertragsstaat zu

erteilen beabsichtigt, oder falls die geänderte Fassung, in der die Einspruchsabteilung ein Patent für einen Vertragsstaat aufrechtzuerhalten beabsichtigt, nicht in einer Amtssprache dieses Staats vorliegt, kann dieser Staat vorschreiben, daß der Anmelder oder Patentinhaber innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Ablauf der in Artikel 97 Absatz 1 oder in Artikel 105 Absatz 3 vorgesehenen Frist, soweit diese nicht nach Artikel 97 Absatz 2a oder nach Artikel 105 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 97 Absatz 2a als nicht gesetzt gilt, bei der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eine Übersetzung der Fassung in einer Amtssprache dieses Staats einzureichen hat."

## 22. Artikel 107a

Der Vorsitzende regt an, entsprechend seiner Anregung in Nummer 7 dieses Dokuments, auch für die erteilten europäischen Patente klarzustellen, welche Sprache im Zweifel verbindlich sein soll.

Aus diesem Grunde empfiehlt er, dem Artikel 107a folgenden Absatz 6 anzufügen:

"(6) Für die Geltendmachung der Rechte aus dem europäischen Patent ist im Zweifel der Wortlaut des Patents in der Verfahrenssprache maßgebend."

23. Artikel 116, Artikel 140

Die Forderung der internationalen Organisationen, eine mündliche Verhandlung vor der Großen Beschwerdekammer vorzusehen, dürfte durch die Artikel 139 und 140 erfüllt sein. Es stellt sich lediglich die Frage, ob die Anwendung des Artikels 140 nicht eingeschränkt werden sollte. In diesem Fall müßte in Artikel 140 folgender Absatz 3 angefügt werden:

"(3) Vor der Großen Beschwerdekammer findet eine mündliche Verhandlung auf Antrag eines Beteiligten lediglich statt, wenn die Große Beschwerdekammer dies für sachdienlich hält."

Der Vorsitzende hat keine Bedenken; ausdrücklich vorzusehen, daß ein im Verfahren vor der Beschwerdekammer Beteiligter die Vorlage einer Rechtsfrage an die Große Beschwerdekammer beantragen kann. Um Verzögerungen des Verfahrens zu vermeiden, sollte die Beschwerdekammer einen solchen Antrag in ihrer Schlußentscheidung zurückweisen können. Der Vorsitzende regt daher an, Artikel 116 folgenden neuen Absatz 3 anzufügen:

"(3) Ein an einem Verfahren vor der Beschwerdekammer Beteiligter kann beantragen, daß die Beschwerdekammer der Großen Beschwerdekammer eine Rechtsfrage gemäß Absatz 1 Buchstabe a vorlegt. Eine Ablehnung dieses Antrags hat die Beschwerdekammer in ihrer Schlußentscheidung zu begründen."

24. Ausführungsordnung; Nummer 1 zu Artikel 148

Der Vorsitzende regt an, die in dieser Nummer enthaltenen Vorschriften über die Zustellung nicht zu ändern. Die Divergenz zwischen den Zustellungsvorschriften im PCT und den europäischen Zustellungsvorschriften kann hingenommen werden, da die Zustellungsvorschriften des PCT nur für die voraussichtlich kleine Zahl der europäischen Anmeldungen anzuwenden sind, in denen PCT-Anmeldungen unmittelbar beim Europäischen Patentamt als Anmeldeamt eingereicht werden. In den übrigen Fällen, in denen PCT-Anmeldungen beim Europäischen Patentamt als Bestimmungsamt eingehen, finden die europäischen Zustellungsvorschriften Anwendung. Es wird in Erinnerung gebracht, daß sich die internationalen Organisationen mit Mehrheit für die europäischen Zustellungsvorschriften ausgesprochen haben.

25. Ausführungsordnung; Nummer 3 zu Artikel 141

Der Vorsitzende regt an, entsprechend den Anregungen der internationalen Organisationen in Satz 2 die Wörter "In besonders gelagerten Fällen" zu ersetzen durch "Auf begründeten Antrag" und die in der jetzigen Fassung enthaltenen Wörter "auf Antrag" zu streichen.